

1. Verkehrswege zu Schulen, Hochschulen, Sportstätten

Eine große Nutzergruppe des Verkehrsraumes stellen Schüler und Studenten dar. Diese wieder dazu zu bewegen, selbständig und sicher ihre Geh- und Fahrt-Ziele zu erreichen zu Fuß, mit Fahrrad und/oder ÖPNV entspricht auch dem Klimaschutz und reduziert zusätzlich die immer stärker auftretenden Verkehrsprobleme u.a. durch Elterntaxis.

Wie wollen Sie hier gegensteuern, Finanzmittel in welcher Höhe wollen Sie hierfür einsetzen?

Die selbstständige und sichere Mobilität von Kindern, Jugendlichen und Studierenden ist mir ein großes Anliegen. Wir müssen erreichen, dass Eltern wieder Vertrauen darin haben, ihre Kinder zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV unterwegs sein zu lassen. Dazu gehört vor allem die Sicherheit auf Schulwegen: gut ausgebaute Rad- und Fußwege, übersichtliche Querungen, mehr Kontrollen gegen Falschparken und eine bessere Taktung des ÖPNV. Wir sind dabei weder für die Bevorzugung noch Benachteiligung einzelner Verkehrsteilnehmer. Die gerechte und sinnhafte Verteilung des Verkehrsraums muss auf jeder Strecke individuell nach Benutzung und Gegebenheiten geprüft werden.

2. Radabstellanlagen in Wohnvierteln

In gewachsenen Wohnvierteln sind auf den Grundstücken oft KFZ-Parkplätze nicht vorhanden und können auch nicht nachgerüstet werden. Deswegen achten Politik und Anwohner sehr darauf, dass Abstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge im öffentlichen Raum geschaffen werden oder erhalten bleiben. Das gilt für das Abstellen von Fahrrädern gleichermaßen, für die oft keine sicheren Abstellmöglichkeiten in gewachsenen Vierteln bestehen.

Wie denken Sie das Problem gleichberechtigt für Fahrräder zu lösen?

Solingen ist in vielen Bereichen nach wie vor auf das Auto ausgerichtet – das zeigt sich auch bei Abstellmöglichkeiten. Für die BfS ist klar: Fahrräder verdienen die gleiche Aufmerksamkeit wie alle anderen Verkehrsteilnehmer. Deshalb möchte ich sichere Radabstellanlagen insbesondere in den gewachsenen Wohnvierteln fördern, wo keine privaten Flächen verfügbar sind. Wichtig ist mir hier ein gleichberechtigter Ansatz: Wer für PKW Abstellmöglichkeiten schafft, muss auch Fahrräder mitdenken. Für die Finanzierung will ich Förderprogramme von Bund und Land konsequent ausschöpfen, die es bereits gibt, aber oft nicht ausreichend genutzt werden. So können wir Schritt für Schritt das Netz an sicheren Radabstellmöglichkeiten ausbauen, ohne die kommunalen Finanzen übermäßig zu belasten.

3. Ebene und freie Wege

In unserer älter werdenden Gesellschaft, die sich zudem zunehmend individualisiert, wohnen immer mehr ältere Menschen verteilt in der Stadt, ohne familiäre Unterstützung im täglichen Leben. Viele dieser Menschen sind seh- und/oder gehbehindert und auf Gehhilfen wie Rollatoren oder selbstfahrende Rollstühle oder Behindertenfahrzeuge angewiesen. Viele Gehwege sind in sehr schlechten Zuständen – buckelig, löchrig, mit höhenversetzten Platten – und an vielen Kreuzungen oder Querungen befinden sich (noch) keine Nullabsenkungen. Für

diese Menschen sind Wege, die man jung und gesund gut beschreiten kann, entweder eine Tortur oder ganz unmöglich zu nutzen. Hinzu kommt, dass unerlaubt aufsattelndes Parken von KFZ oder sogar LKW die Gehwege beschädigt und derart verengt, dass diese gebrechlichen Menschen - aber auch Eltern mit Kinderwagen – auf die Fahrbahnen wechseln müssen, um diese Fahrzeuge zu umgehen.

Wie wollen Sie erreichen, dass die Wege – wo nötig – nachhaltig saniert werden und verhindern, dass diese weiterhin durch unerlaubt abgestellte Fahrzeuge beschädigt und verengt werden? Ausgenommen von dieser Frage sind alle Bereiche, in denen die Statik nachgewiesen und das aufsattelnde Parken durch die Verwaltung angeordnet / erlaubt wurde.

Eine Stadt ist nur dann lebenswert, wenn sie auch für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen gut nutzbar ist. Und genau dieser Personenkreis wird durch den demografischen Wandel mehr. Die Zustände vieler Gehwege in Solingen sind derzeit inakzeptabel: Unebenheiten, fehlende Absenkungen, Schäden durch unerlaubtes Parken. Gehwege müssen im Rahmen einer systematischen Bestandsaufnahme erfasst und nach Dringlichkeit, im Einklang mit einer Straßensanierung, saniert werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir nach einer Sanierung dann auch weniger Fälle von „unerlaubten Aufsatteln“ haben werden. Wir investieren so nicht nur in Sicherheit, sondern auch in Lebensqualität und Barrierefreiheit für alle Generationen.

4. 4. Bauen und Instand halten

Viele (Rad-)Wege werden mit Fremdmitteln (von Bund, Land, sonstige Sondermittel) gebaut oder zumindest stark gefördert – das unterstützen wir gerne: Nur, wer A sagt, darf B nicht vergessen und hier hapert es scheinbar in Solingen. So wurde vor über 20 Jahren die Korkenziehertrasse geplant und vor 20 Jahren als Leuchtturmprojekt gebaut, aber seitdem bleibt die Trasse, trotz enorm gestiegener Verkehrszahlen unverändert z.B. in der Breite, obwohl hier Nachbesserungen u.E. möglich wären. Aktuell sind zwei ehemalige – für den Eisenbahnverkehr ausgelegte – Brücken derart marode, dass diese bereits für den KFZ-Verkehr der Servicefahrzeuge der TBS gesperrt werden mussten und in naher Zukunft komplett ausfallen können.

Wie wollen Sie die Instandhaltung unserer Verkehrswege organisieren und dauerhaft finanzieren, damit solche Probleme nicht auftreten?

Die BfS hat immer wieder kritisiert, dass in Solingen gerne neue Projekte gestartet werden, aber die Instandhaltung auf der Strecke bleibt. Das darf nicht sein. Wer Verkehrswege baut, muss auch ihre dauerhafte Pflege einplanen – mit verlässlichen Mitteln im Haushalt. Am Beispiel der Korkenziehertrasse zeigt sich: Ein Leuchtturmprojekt wird gefeiert, aber seit 20 Jahren nicht ausreichend weiterentwickelt. Genau hier will ich ansetzen: Wir brauchen ein langfristiges Instandhaltungs- und Erneuerungskonzept, das jährlich überprüft wird. Konkret heißt das: Brücken und Wege rechtzeitig sanieren, bevor sie gesperrt werden müssen. Dafür werde ich ein festes Instandhaltungsbudget im Haushalt verankern, das nicht für andere Zwecke umgewidmet werden darf. Zudem müssen Fördergelder von Bund und Land für die Sanierung systematisch eingeworben werden. Nur so verhindern wir, dass wir in einigen Jahren vor noch größeren Schäden und Kosten stehen. Vorsorge ist günstiger und klüger als teure Reparatur im Notfall.